

N i e d e r s c h r i f t

der 7. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Wohnen und Integration
am Mittwoch, dem 29.06.2022,
im Stadtverordnetensitzungssaal, Rathaus, Berliner Platz 1, 35390 Gießen.
Sitzungsdauer: 19:00 - 21:20 Uhr

Anwesende Ausschussmitglieder:

Stadtverordnete der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Herr Klaus-Dieter Grothe
Frau Edith Nürnberger
Herr Reza Veissi
Frau Jana Widdig

Stadtverordnete der CDU-Fraktion:

Frau Anja Verena Helmchen
Herr Konstantin Pfeffer
Herr Thiemo Roth

Stadtverordnete der SPD-Fraktion:

Frau Katarzyna Bandurka
Herr Gerhard Merz
Frau Nina Heidt-Sommer
Frau Eva Janzen

Stadtverordnete der Gießener Linke-Fraktion:

Frau Melanie Tepe

Stadtverordnete der Gigg+Volt-Fraktion:

Herr Johannes Rippl

Stadtverordnete der FDP-Fraktion:

Herr Dr. Klaus Dieter Greilich

Vom Magistrat:

Herr Frank-Tilo Becher
Frau Astrid Eibelshäuser
Frau Gerda Weigel-Greilich
Herr Francesco Arman

Vom Ausländerbeirat:

Frau Olga Royak
Herr Hassan Safe Alden

Schriftführer/-in:

Herr Steffen Bieber-Diegel

Von der Verwaltung:

Frau Friederike Stibane

Entschuldigt:

Herr Randy Uelman
Herr Zeynal Sahin
Frau Cornelia Mim
Frau Pia Mauthe
Herr Yassine Tamir

Vertreter: Herr Roth
Vertreterin: Frau Janzen
Vertreterin: Frau Tepe

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass der Ausschuss beschlussfähig ist.

Gegen die Form und die Frist der Einladung und die Tagesordnung werden keine Einwände erhoben. Somit ist die Tagesordnung in der vorliegenden Form beschlossen.

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Bericht über das Bundesprogramm Kita-Einstieg und die Situation von Familien mit Migrationserfahrung und ihrer Kita-Platz-Suche
2. Nachwahl eines Mitglieds zum Seniorenbeirat der Universitätsstadt Gießen
- Antrag des Magistrats vom 30.05.2022 - STV/0876/2022
3. 3. Satzung zur Änderung der Satzung über die Benutzung von städtischen Kindertagesstätten
- Antrag des Magistrats vom 21.06.2022 - STV/0928/2022
4. Unterstützung von Geringverdienenden durch den Gießen-Pass
- Antrag der FDP-Fraktion vom 06.06.2022 - STV/0885/2022
5. Umsetzung der Istanbul-Konvention
- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Gießener LINKE vom 20.06.2022 - STV/0909/2022
6. Gießen als Freiheitsraum für LGBTIQ-Personen
- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD STV/0910/2022

und Gießener LINKE vom 20.06.2022 -

7. Beteiligung am Projekt „LEON Hilfe-Insel“ STV/0922/2022
- Antrag der CDU-Fraktion vom 19.06.2022 -
8. Verschiedenes

Abwicklung der Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. **Bericht über das Bundesprogramm Kita-Einstieg und die Situation von Familien mit Migrationserfahrung und ihrer Kita-Platz-Suche**
-

Diskussion:

Nach der Einleitung durch Frau Stadträtin **Eibelshäuser** stellen die Mitarbeitenden des Jugendamtes, Frau **Gerhardt**, Frau **Doulia**, Herr **Domagala**, Frau **Weberling** und Frau **Pfirschmann** sowie Frau **Hettenhausen** vom Büro für Integration das „Projekt KITA-Einstieg“ anhand einer Powerpoint-Präsentation vor.

Unter anderem gingen Sie auf die Projekte „Little Bird-Sprechstunde“, „Mini-Kita“ und den Kurs „Brücken in die frühpädagogische Arbeit“ sowie die daraus bisher gesammelten Erfahrungen ein.

An der anschließenden Diskussion nahmen Stadträtin **Eibelshäuser**, Stadträtin **Weigel-Greilich**, Herr **Merz**, Frau **Widdig**, Herr **Dr. Greilich** und Herr **Grothe** teil.

Im letzten Quartal 2022 soll ein erneuter Bericht im Ausschuss erfolgen.

2. **Nachwahl eines Mitglieds zum Seniorenbeirat der Universitätsstadt Gießen** STV/0876/2022
- Antrag des Magistrats vom 30.05.2022 -
-

Antrag:

„Als stimmberechtigtes Mitglied des Seniorenbeirates der Universitätsstadt Gießen wird folgende Person des Sportkreises Gießen e. V. nachgewählt:

Frau Ingrid Hubing.“

Diskussion:

Ohne Aussprache

3. **3. Satzung zur Änderung der Satzung über die Benutzung von städtischen Kindertagesstätten** **STV/0928/2022**
- Antrag des Magistrats vom 21.06.2022 -

Antrag:

„Den in der Anlage beigefügten Änderungen der städtischen Kindertagesstätten-Satzung wird zugestimmt.“

Diskussion:

Nach der Einführung durch Frau Stadträtin **Weigel-Greilich** stellen Frau **Weberling** und Frau **Pfirschmann** die Satzungsänderung anhand einer Powerpointpräsentation vor.

Insbesondere gehen sie auf die Betreuungsarten, Betreuungsmodule und Gebührenstaffelung ein.

An der Diskussion beteiligen sich Frau Stadträtin **Weigel-Greilich**, Herr **Dr. Greilich**, Herr **Merz**, Frau **Bandurka**, Frau **Tepe**, Herr **Rippl** und Frau **Helmchen**.

Beratungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt (Ja: GR, SPD, Linke, G+V; Nein: FDP; StE: CDU)

4. **Unterstützung von Geringverdienenden durch den Gießen-Pass** **STV/0885/2022**
- Antrag der FDP-Fraktion vom 06.06.2022 -

Antrag:

„Die Satzung über den Gießen-Pass wird in § 2 Abs.1 um die Ziffer 10. wie folgt ergänzt:
,10. als Geringverdiener Wohngeld oder Zuschuss zum Kindergeld erhält.“

Begründung:

Der betroffene Personenkreis ist durch die hohe Inflationsrate in zunehmendem Maße finanziell nicht mehr in der Lage, für sich und seine Familien die vom Gießen-Pass umfassten Leistungen in Anspruch zu nehmen und sollte deshalb in den Kreis der Anspruchsberechtigten aufgenommen werden.

Die Koalitionsfraktionen beantragen den Antrag wie folgt zu ersetzen:

„Der Magistrat wird darum gebeten, zu prüfen, ob folgende Personengruppen in die Berechtigung für einen Gießen-Pass zusätzlich mit aufgenommen werden können:

- 1. Bezieher*innen von Wohngeld*
- 2. Bezieher*innen bzw. Familien, die Kinderzuschlag von der Familienkasse bekommen*
- 3. Jugendliche mit Berufsausbildungsbeihilfe*

Des Weiteren soll der Gießen-Pass durch folgende Leistungen erweitert werden:

- Ermäßigung im Leihfahrradsystem*
- Bezuschussung von bei der Anschaffung eines Fahrrades für Kinder und Jugendliche*

- *Bezuschussung von Schwimmkursen*
- *Reduzierung der Dauer-Fahrkarten für Gießen-Pass-Besitzer*innen auf 20 % des RMV Preises.“*

Stv. Dr. Greilich trägt den Antrag vor und beantragt getrennte Abstimmung des Änderungsantrages.

Stv. Bandurka trägt den Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen vor. An der Diskussion beteiligen sich Herr Stadtrat **Arman** sowie Stv. **Rippl**.

Beratungsergebnis:

Dem ersetzenden Änderungsantrag wird einstimmig zugestimmt.

Berechtigungen Gießen-Pass (Ja: GR, SPD, G+V, LINKE, FDP; StE: CDU)

Leistungen (Ja: GR, SPD, G+V, LINKE; StE: CDU, FDP)

5. Umsetzung der Istanbul-Konvention STV/0909/2022
- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Gießener LINKE vom 20.06.2022 -

Antrag:

„Der Magistrat wird gebeten,

1. in enger Zusammenarbeit mit der vielfältigen Landschaft der freien Träger einen kommunalen Aktionsplan zur Umsetzung der Istanbul Konvention, der insbesondere die Belange der häuslichen und geschlechterbezogenen Gewalt sowie der Gewaltprävention beleuchtet, zu erstellen. Auf die in Gießen bereits vorhandenen Netzwerke und bestehenden Maßnahmen soll aufgebaut und die Bemühungen systematisch weiterentwickelt werden.
2. die Umsetzung unter Berücksichtigung der bestehenden Maßnahmen des Aktionsplan Chancengleichheit resultierend aus der ‚Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene‘ durchzuführen.
3. entsprechende personelle Kapazitäten und notwendige Haushaltsmittel zur Umsetzung der Istanbul Konvention sollen in die Haushaltsplanung nach Bedarf aufgenommen werden.“

Diskussion:

Frau Wittig trägt den Antrag vor.

An der Diskussion beteiligen sich Herr Oberbürgermeister **Becher**, Frau Stadträtin **Weigel-Greilich**, Herr **Dr. Greilich**, Herr **Rippl** und Frau **Stibane**.

Herr **Dr. Greilich** beantragt getrennte Abstimmung.

Beratungsergebnis:

Punkte 1 und 2

Einstimmig zugestimmt (Ja: GR, CDU, SPD, G+V, Linke, FDP)

Punkt 3

Einstimmig zugestimmt (Ja: GR, CDU, SPD, G+V, Linke; StE: FDP)

6. **Gießen als Freiheitsraum für LGBTIQ-Personen
- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD und
Gießener LINKE vom 20.06.2022 -**

STV/0910/2022

Antrag:

„Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Gießen bekennt sich zu ihrer Verantwortung, lesbische, schwule, bisexuelle, trans*, inter* und queere Menschen (LGBTIQ) vor Diskriminierung und Gewalt zu schützen und ihre Rechte zu achten sowie Mechanismen zu entwickeln, die dies absichern.

Vor diesem Hintergrund und entsprechend der Entschließung des Europäischen Parlaments bezüglich der Europäischen Union vom 11. März 2021 beschließt die Stadtverordnetenversammlung folgende Resolution:

1. Gießen erklärt sich zum Freiheitsraum für LGBTIQ-Personen und verpflichtet sich einerseits zu öffentlichen Maßnahmen zur Förderung und zum Schutz der Rechte von LGBTIQ-Personen und andererseits zur ausdrücklichen Sanktionierung von Mechanismen der strukturellen Diskriminierung.

2. Gießen verurteilt das Vorgehen von Regierungen gegen die Rechte von LGBTIQ-Personen, mit dem die Charta der Grundrechte der Europäischen Union und die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte eindeutig missachtet werden, sowie jede andere Form der Diskriminierung von LGBTIQ-Personen.

3. **Gießen hisst während des Christopher-Street-Days und des Pride-Monats die Regenbogenfahne und/oder im Wechsel weitere Flaggen der LGBTIQ*-Community und ermuntert die Partnerstädte, dies auch zu tun.**

4. Weiter begrüßt Gießen das Gesetz zum Schutz vor Konversionsbehandlungen, durch welches Konversionstherapien für Minderjährige und nicht einwilligungsfähige Erwachsene verboten wurden, lehnt aber auch die Konversionstherapie für Erwachsene ab.“

Begründung:

Die Rechte von LGBTIQ-Personen sind Menschenrechte. Das Recht auf Gleichbehandlung und der Schutz vor Diskriminierung sind Grundrechte, die nicht nur in der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der UN, sondern auch im Grundgesetz, in der Europäischen Menschenrechtskonvention sowie den Verträgen und der Grundrechte-Charta der EU verankert sind und uneingeschränkt geachtet werden müssen.

Weltweit hat der Druck auf diese Menschen zugenommen und sie werden nicht nur in der freien Entfaltung ihrer Persönlichkeit gehindert, sondern in vielen Ländern auch mit Verfolgung bedroht und müssen um ihr Leben fürchten, so beispielsweise in den Golf-Staaten und anderen arabischen Ländern, einigen asiatischen und afrikanischen Ländern, in Tschetschenien und in Russland. Einige dieser bedrohten Menschen suchen auch bei uns in Gießen Zuflucht.

Aber auch in vormalig liberalen Staaten wie den USA wird die Einschränkung in einigen Regionen immer massiver. Selbst in der EU haben sich bedrohlichen Tendenzen entwickelt: Seit 2019 haben sich in Polen über 100 Woiwodschaften, Landkreise und Gemeinden für frei von der sogenannten „LGBTI-Ideologie“ erklärt oder „Regionale Chartas der Familienrechte“ verabschiedet. Die ungarische Stadt Nagykovács z.B. hat im November 2020 eine Entschließung zum Verbot der „Verbreitung und Förderung von LGBTQ-Propaganda“ verabschiedet. Diese Entschließungen führen direkt oder indirekt zu einer Diskriminierung von LGBTIQ-Personen und fördern die Zunahme von Gewalt, Intoleranz und Hetze gegen LGBTIQ-Personen. Dies muss europaweit verhindert werden, denn das Vorgehen gegen die Ungleichheit in der EU ist

eine gemeinsame Verantwortung, die gemeinsame Anstrengungen und Maßnahmen auf allen Regierungsebenen erfordert, insbesondere auf kommunaler Ebene, denn gerade den Kommunen kommt eine Schlüsselrolle dabei zu. Die Bekämpfung der alltäglichen Diskriminierung und Hasskriminalität und die Sensibilisierung und die Förderung der Achtung dieser Rechte kann vor allem im nächsten räumlichen Umfeld, in den Stadtbezirken gelingen.

Das Europäische Parlament hat sich im März 2021 entschlossen, Europa zum Freiheitsraum für LGBTIQ-Personen auszurufen, die sogenannte „LGBTIQ Freedom Zone“ als Bekenntnis zum Schutz der Rechte von LGBTIQ-Personen und der Sanktionierung von Maßnahmen gegen Diskriminierung zu machen. Lissabon ist als erste europäische Stadt gefolgt und hat sich am ebenfalls zum LGBTIQ-Freiheitsraum ausgerufen. Gießen hat sich seit vielen Jahren das Engagement für sexuelle und geschlechtliche Vielfalt zur Richtschnur ihres Handelns und des Stadtbewusstseins gemacht. Daher ist es nötig und richtig, wenn sich Gießen dieser europäischen Initiative ausdrücklich durch die Resolution anschließt und sich entschieden gegen Diskriminierung und Ausgrenzung stellt - denn: Vielfalt ist unsere Stärke.

Um diese Haltung auch nach außen hin sichtbar zu machen, sollen nicht nur wie bisher während des CSD, sondern auch während des Pride-Monats Juni Regenbogenflaggen gehisst werden. Der Pride-Monat geht auf die Stonewall-Aufstände 1969 zurück, die als Anfang der heutigen LGBTIQ-Bewegung gelten. Am 28. Juni 1969 fand in der queeren Bar „Stonewall Inn“ in der Christopher Street in New York eine Polizei-Razzia statt, die zu tagelangen Protesten gegen Polizeigewalt führte. Aus diesem Grund wird im Juni auf Probleme von LGBTIQ-Menschen aufmerksam gemacht.

Diskussion:

Frau **Bandurka** begründet den Antrag.

Herr Roth stellt den Antrag, im ersten Absatz hinter...(LGBTIQ) die Worte „sowie anderen Minderheiten“ einzufügen.

An der Diskussion beteiligen sich Herr Stadtrat **Arman**, Herr **Merz**, Frau **Janzen**, Frau **Tepe** und Frau **Bandurka**.

Beratungsergebnis:

Änderungsantrag CDU

Mehrheitlich abgelehnt (Ja: CDU; Nein: GR, SPD, LINKE; StE: G+V, FDP)

Antrag

Mehrheitlich zugestimmt (Ja: GR, SPD, LINKE, G+V, FDP; Nein: CDU).

7. Beteiligung am Projekt „LEON Hilfe-Insel“ - Antrag der CDU-Fraktion vom 19.06.2022 -

STV/0922/2022

Antrag:

„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, den Magistrat damit zu beauftragen, eine Beteiligung am Projekt ‚LEON Hilfe-Insel‘ zu prüfen.“

Diskussion:

Herr **Roth** stellt den Antrag vor.

An der Diskussion beteiligen sich Herr **Dr. Greilich** und Frau **Wittig**,

Beratungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

8. Verschiedenes

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der Vorsitzende die Sitzung mit einem Dank für die Mitarbeit der Anwesenden.

DER/DIE VORSITZENDE:

(gez.) Klaus-Dieter Grothe

DER/DIE SCHRIFTFÜHRER/-IN:

(gez.)